

MEDIENMITTEILUNG

Zürich, 01.09.2023

Budget-Entwurf 2024 und KEF 2024–2027 des Kantons Zürich

VPOD Zürich fordert vollen Teuerungsausgleich plus Reallohnerhöhungen

Für die Gewerkschaft VPOD Zürich ist der volle Teuerungsausgleich unverhandelbar. Er allein genügt aber nicht, um den Kaufkraftverlust der Angestellten zu stoppen. Statt dem vom Regierungsrat vorgeschlagenen Steuergeschenk an die Reichen, verlangt der Verband die dringend nötigen Reallohnerhöhungen für das Personal im öffentlichen Dienst.

Die Kaufkraft der Arbeitnehmer:innen ist im Sinkflug, seit mehreren Jahren infolge. Die Gewerkschaft VPOD Zürich fordert daher im Budget 2024 den vollen Teuerungsausgleich für die Angestellten im öffentlichen Dienst. «Wir betrachten den vollen Teuerungsausgleich als selbstverständlich und unverhandelbar», sagt Sophie Zora Blaser, Präsidentin Sektion Lehrberufe des VPOD Zürich. Zugleich erinnert Michèle Dünki-Bättig daran, dass die Berechnung der Teuerung anhand des Landesindex für Konsumentenpreise (LIK) entscheidende Ausgaben gar nicht berücksichtigt, insbesondere die für steigende Krankenkassenprämien, Mietzinsen und Energiekosten. «Diese belasten die Privathaushalte massiv. Weder der Teuerungsausgleich allein noch allfällige individuelle Lohnerhöhungen geben genug Gegensteuer», stellt die Co-Präsidentin VPOD Region Zürich und Präsidentin Sektion Kanton klar.

Kantonsrat in der Pflicht

Der VPOD fordert den Kantonsrat auf, den vollen Teuerungsausgleich ins Budget zu schreiben und zudem den Reallohnverlust zu stoppen. Es braucht die Stärkung des öffentlichen Dienstes, keine Steuersenkung. Diese dient nur den Reichen und nicht den Angestellten, die täglich den Service Public aufrechterhalten. Im Rahmen der kommenden Budgetdebatte soll der Kantonsrat deutliche Verbesserungen für das öffentliche Personal beschliessen. Daran misst die Gewerkschaft den Realitätsbezug der einzelnen Kantonsrät:innen zum finanziellen Alltag der Angestellten. Und die Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitenden, die unsere Züge und Busse bewegen, Gebäude und Infrastruktur instand halten, Menschen bilden, betreuen, pflegen und schützen.

Der VPOD will echte Lohnerhöhungen

Nebst dem vollen Teuerungsausgleich fordert der VPOD Zürich für das Personal im öffentlichen Dienst:

- Generelle Lohnerhöhungen von 2% bei einem Vollzeit-Bruttoeinkommen bis CHF 100 000 und 1.5% für Einkommen darüber (bis zu einem Maximum von CHF 200 000).
- Bei individuellen Lohnerhöhungen und Einmalzulagen sind tiefere Einkommen besonders zu berücksichtigen.
- Rückstellungen in der mehrjährigen Finanzplanung KEF, um den Lohnrückstand beim Kanton gegenüber Vergleichswerten in der Privatwirtschaft aufzuholen.
- Funktionsanstieg für alle Pflegeberufe (Neueinreihung der Funktionen).
- 3 zusätzliche Ferientage für Mitarbeitende bis 21 und ab 50 Jahren.
- 36-Stunden-Wochen bezogen auf 100%-Pensum bei gleichem Lohn.

- Wiedereinführung des automatischen Lohnstufenanstiegs.
- Umgehende Korrektur der zu tiefen Lohneinreihung der Gebärdensprachlehrer:innen.

Falls die Teuerung per Ende August unter den im Budgetentwurf angenommenen 2% liegt, soll der Kantonsrat die nicht für den Ausgleich benötigte Summe bereits als ein Beitrag an die Realloohnerhöhungen reservieren.

Löhne rauf! – auch in den Spitälern

Der VPOD verlangt auch von den Kantonsspitalern und weiteren selbständigen Einrichtungen im öffentlichen Auftrag, ihrem Personal den vollen Teuerungsausgleich zu gewähren und den mehrjährigen Reallohnverlust wettzumachen. Gerade die ausgelagerten öffentlich-rechtlichen Betriebe müssen dafür sorgen, dass ihre Selbständigkeit nicht länger auf Kosten der Beschäftigten geht.

Kontakt und weitere Informationen

Michèle Dünki-Bättig, Co-Präsidentin VPOD Region Zürich und Präsidentin Sektion Kanton,
+41 79 831 60 67, michele.duenki@vpod-zh.ch

Sophie Zora Blaser, Präsidentin Sektion Lehrberufe des VPOD Zürich,
+41 77 406 26 74, sophie.zora.blaser@gmail.com

Stephanie Fuchs, Regionalsekretärin VPOD Zürich Kanton,
+41 44 295 30 22, stephanie.fuchs@vpod-zh.ch